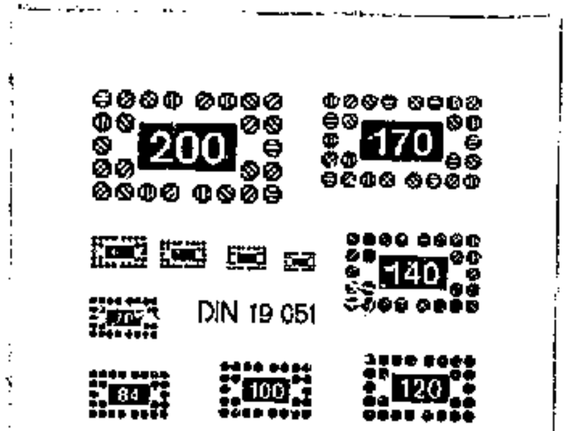

WILLY BRANDT

Deutschland heute:

gesellschaftliche Interessen und politische Aufgaben

3500

WILLY BRANDT

Deutschland heute:

gesellschaftliche Interessen und politische Aufgaben

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Rede, gehalten vor der Bundeskonferenz der SPD am 13. November 1967 in Bad Godesberg

Geschenk des Verfassers an SPD

A 3500

Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn
Druck: Vorwärts-Druck, Bad Godesberg, Kölner Str. 108-112

PV 303

Deutschland heute: gesellschaftliche Interessen und politische Aufgaben

I.

Zu Beginn ein paar Worte über die Vorgeschichte dieses Referats. Wir haben es unter den Titel gestellt: „Deutschland heute: gesellschaftliche Interessen und politische Aufgaben". Als dieser Titel im Frühsommer festgelegt wurde, wollten wir ganz bewußt über die tagespolitischen Fragen hinausgreifen und unsere Arbeit hineinstellen in den größeren Zusammenhang unserer langfristigen reformerischen Aufgaben und Ziele. Aber natürlich wollten wir auch Stellung nehmen zu der durch die Große Koalition ausgelösten Diskussion in unserer Partei und in der Bundesrepublik überhaupt.

Manchmal hat man dabei den Eindruck, als ob zum erstenmal diskutiert würde. Als ob es sich um ganz neue Fragestellungen handelte. Als ob die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Welt, die Bundesrepublik und sich selbst neu zu entdecken hätte, nur weil sie jetzt nicht nur in den Ländern, sondern auch im Bund in der Regierung ist.

Dieser Tage habe ich mir die Entschließungen unseres Dortmunder Parteitages durchgelesen und mein damaliges Referat zur Lage der Nation. Das Ergebnis dieser Lektüre, die ich auch anderen empfehlen kann, ist: Wesentlich Neues ist eigentlich nicht zu sagen. Und das ist höchst befriedigend, denn es zeigt: Die SPD ist weder in ihrem Wesen noch in ihrem Selbstverständnis auch nicht in ihrer Aussage verändert, nur weil sie in der Regierung ist. Sie hat keine neuen Ziele. Sie hat nichts von dem zurückzunehmen oder zu bedauern, was sie damals gesagt hat, als ihre Regierungsbeteiligung in den Sternen stand.

Wenn man dies nach fast einem Jahr der Regierungsbeteiligung, anderthalb Jahre nach dem Dortmunder Parteitag sagen kann, so bedeutet es zweierlei:

Erstens ist es der Beweis erfolgreicher Vorarbeit, wenn man feststellen kann, daß man seine Ziele, seine Prioritäten, seine Orientierungspunkte, die man in der Opposition aufgestellt hat, im wesentlichen bestätigt fand durch die Erfahrung in der Regierung. Die Partei ist mit einem verhältnismäßig guten Rüstzeug in die Regierungsverantwortung gegangen.

Zweitens haben wir festzustellen: Man kann in elf Monaten nicht in Ordnung bringen, was in vielen Jahren vorher falsch gemacht oder nicht gemacht worden ist. Insofern mögen manche enttäuscht sein, obwohl viele davon nur zu leicht übersehen, was inzwischen schon verwirklicht worden ist. Eine Vielzahl unserer Erkenntnisse und Forderungen zur Außen- und Deutschlandpolitik, zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu den Sozialinvestitionen und Gemeinschaftsaufgaben, die vor einem guten Jahr noch aus scharfer Gegenposition bekämpft wurden, sind selbstverständliche Bestandteile der Regierungspolitik geworden. So selbstverständlich, daß es selbst manchen von uns schwerfällt, sich mit Befriedigung oder sogar mit Stolz daran zu erinnern oder andere darauf aufmerksam zu machen, daß wir darum noch vor einem Jahr in der — geben wir es offen zu — relativen Ohnmacht der Opposition zu kämpfen hatten.

Außerdem bedeutet es aber, daß wir uns an unseren unveränderten großen Zielen und grundlegenden Vorstellungen messen und messen lassen müssen. Daran führt kein Weg vorbei. Es gibt weder Grund zu selbstgefälliger Zufriedenheit noch zu resignierender Unzufriedenheit. Die Koalition war und ist nicht die Frage eines Glaubensbekenntnisses, sondern eine Frage der praktischen Politik. Aber sie ist zugleich eine Herausforderung unserer Partei, eine Herausforderung ihrer Kraft und ihres Selbstverständnisses. Sie ist in der Tat auch Kampf. Aber in der Praxis haben wir diesen Kampf nicht zu führen um Resolutionen und Programme, sondern darum, daß die in der Regierungserklärung vom Dezember 1966 enthaltenen Grundsätze der SPD und des gesunden Menschenverstandes nun auch zügig verwirklicht werden. Im Grunde ist damit das Wesentliche gesagt.

Aber es gehört nicht zu unserer Tradition, ein Referat nach nur fünf Minuten zu beenden.

Man wird sehen, daß es noch eine Menge Wichtiges gibt, wenn man in die Einzelheiten geht. Und dies wollen wir hier. Dies ist eine Arbeitskonferenz unserer Partei, also kein vorweggenommener Parteitag, wohl aber ein wichtiges Glied in der sachlichen Vorbereitung des Nürnberger Parteitages im nächsten Frühjahr, eine Neuerung, die der innerparteilichen Demokratie zugute kommt.

Hier wird sachlich diskutiert werden, und niemand wird hinterher sagen können, hier sei der Aufstand geprobt worden. Hier findet auch nicht „der Krach mit den Gewerkschaften" statt, sondern es wird deutlich werden, wie sehr die ganze Partei einschließlich ihrer überwiegend gewerkschaftlich organisierten und dort tätigen Mitglieder angewiesen ist auf offene Aussprache über Wege und Methoden, aber auch auf Zusammenarbeit und Solidarität, auf Freiheit der Diskussion und Geschlossenheit in der Aktion.

Die Formulierung meines heutigen Referats spricht zunächst von Deutschland. Das heißt einmal die Bundesrepublik unter der Regierung der Großen Koalition. Das bedeutet zum anderen die Frage nach dem künftigen Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

Wer von gesellschaftlichen Interessen spricht, denkt an die Schichten und Gruppen, zumal die etablierten Gruppen, die verschiedenartige Interessen haben und deshalb in Konflikte geraten. Wir sind nicht naiv oder blind; also stellen wir uns den gesellschaftlichen Konflikten und denken nicht daran, sie zu verschweigen oder sie zu verkleistern.

Politische Aufgaben, das heißt die Durchsetzung wesentlicher Teile unserer Vorstellungen in der Regierung und die Orientierung unserer Arbeit an Zielvorstellungen, die weit über eine Legislaturperiode hinausgehen. Auch da verweise ich wieder auf Dortmund. Was dort gesagt wurde, ist in bezug auf die Leitlinien ebensowenig revisionsbedürftig wie das, was in diesem Godesberger Saal vor acht Jahren als Programm beschlossen worden ist.

II.

Ich weiß, die Große Koalition ist vielen Menschen in unserem Lande — auch manchen Mitgliedern und Freunden unserer Partei — fremd, unheimlich und unbehaglich erschienen. Vielleicht darf ich hierzu zitieren, was ich am 28. November 1966 in einem Brief an einen hervorragenden Mann aus dem Kreis jener Schriftsteller gesagt habe, die sich zu uns bekannt haben und die sich — wie andere, wofür ich um Nachsicht bitte — vernachlässigt fühlen:

„Wenn sich die SPD, schwer genug, zur Großen Koalition durchringt, gibt es alles andere als die Selbstgefälligkeit, es ‚endlich geschafft zu haben'. Wir wissen, daß wir Zähigkeit und Kraft und Nüchternheit brauchen, damit der Schritt der SPD unserem Volk nützt und Ihre Sorgen nicht Wirklichkeit werden.

Es wird kein Zudecken von Versäumnissen und Fehlern und keinen faden politischen Eintopf geben. Die Große Koalition wird zu einem Fehlschlag führen, wenn sie sich nicht deutlich von dem abhebt, was in die Regierungskrise geführt hat. Dies ist die begrenzte, heute mögliche Alternative zum bisherigen Trott.

Die SPD wird sich messen lassen an ihren bisherigen Forderungen. In einer Koalition gleichgewichtiger Partner wird Politik erst recht nicht gegen die SPD gemacht werden können. Sorge um das politische Profil Willy Brandts sollten Sie sich nicht machen.

Sie, Ihre Freunde und viele der kritischen jungen Menschen dürfen sich gerade jetzt nicht in das Abseits der Resignation oder des bloßen Protestes stellen. Die demokratische Linke und unser Land würden nicht nur ärmer, sondern auch schwächer werden. Das Gewissen der Sozialdemokratischen Partei schlägt nicht außerhalb dieser Partei.

Niemand sollte den Stab brechen, solange wir nicht die Chance gehabt haben, zu beweisen, was jetzt möglich ist. Für uns ist dies ein neuer Beginn. Wir werden in das neue Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte wesentliche neue Elemente einführen. Dafür werden wir Verantwortung tragen und gerade das geistige Deutschland nicht enttäuschen."

Wir haben uns die Entscheidung damals, Ende November vorigen Jahres, nicht leicht gemacht. Sie fiel nicht wegen ideologischer Reize. Sie fiel auch nicht, weil wir unbedingt einmal „mitregieren" wollten, sondern weil sie in der gegebenen Lage politisch notwendig war, um eine Krise der Wirtschaft und des Staates abzuwenden, und uns die Möglichkeit bot, einen Teil unserer Vorstellungen durchzusetzen.

Mancher wird sich vielleicht noch erinnern, daß wir einmal eine Regierung Erhard hatten. Hatte es früher geheißen, man dürfe nicht mitten im Strom die Pferde wechseln, so gab es im Herbst des vergangenen Jahres keinen Strom mehr und keine Pferde, sondern es gab nur noch eine Handvoll müder Reiter ohne Marschrichtung und ohne Gefolgschaft in der Wüste wirtschaftlicher Depression und außenpolitischer Isolierung.

(Beifall.)

Der Zusammenbruch der Regierung der CDU/CSU/FDP im Herbst 1966 war nicht nur die Bankrotterklärung einer politisch leistungsunfähigen Regierungskoalition, sondern zugleich die Offenbarung von entscheidenden Versäumnissen, die über anderthalb Jahrzehnte hinweg beim Wiederaufbau begangen worden sind.

Nicht ohne Grund haben auch wir uns längst daran gewöhnt, diese Zeit die des „Wiederaufbaus" zu nennen. In der Tat, es ist nach 1945 in Deutschland viel gearbeitet und wiederaufgebaut worden. So eindrucksvoll diese Leistung auf wirtschaftlichem Gebiet war, die große Chance des Aufbaus einer modernen gesellschaftlichen Ordnung ist nicht ergriffen worden. Kennzeichnend war das ungeordnete, wild wuchernde, ziel- und planlose, an Gefälligkeiten orientierte Erneuern alter Strukturen. Die Gelegenheit, neue Ordnungen anzustreben, wurde nicht genutzt.

Diese Art von restaurativem Wiederaufbau mußte eines Tages scheitern, und zwar gerade auch deswegen, weil sie sich als im Grunde unfähig erwies, die Wirtschaft wirklich in den Dienst des Menschen zu stellen. Unfähig, rechtzeitig die Lebensunfähigkeit alter Strukturen zu erkennen und dieser Entwicklung zu begegnen. Unfähig, die Gesellschaft an den Leitbildern von Sicherheit, Gerechtigkeit und Humanität zu formen.

In der Bevölkerung hat man im vergangenen Herbst nicht gewußt, wie weit der Zerfall der staatlichen Autorität vorgeschritten war. Und wir, die Führung der SPD, müssen offen zugeben, daß wir erst in der Regierung voll erfaßt haben, wie tief der voll-automatisierte, chromblitzende Wagen im Morast steckte. Wenn ich das so sage, kann niemand daraus einen Vorwurf an die Menschen in diesem Lande ableiten wollen. Sie haben sich vielfach von der Fassade, vom schönen Schein blenden lassen.

Auch unsere Partei braucht sich nichts vorwerfen zu lassen. Es ist wirklich so, daß sich niemand außerhalb der Regierung hat vorstellen können oder glauben wollen, wie wenig hinter der Fassade damaliger Beteuerungen stand. Das ist die Wahrheit und nicht etwa eine Legende.

Ich erinnere nur an die bitteren, für die CDU/CSU und FDP sehr peinlichen, aber unumgänglichen Feststellungen, die dazu in der Regierungserklärung vom 13. Dezember vergangenen Jahres enthalten waren: nachzulesen im Protokoll über die 80. Sitzung des Deutschen Bundestages. Wenn andere vergeßlich sein möchten, so braucht die SPD dies als konkreten Ausgangspunkt ihres Wertens und als Maßstab ihres Urteils.

In jener Situation hat die SPD eine Entscheidung getroffen. Es war und ist eine Entscheidung auf Zeit. Sie basierte neben anderem darauf, daß wir uns den Zeitpunkt eines Regierungswechsels nicht aussuchen konnten. 1961 oder sogar noch 1965 wäre der Übergang zu neuen gesellschaftlichen und politischen Positionen leichter gewesen. Danach kam die von uns befürchtete und vorausgesagte Krise. Als Folge dieser Krise müssen zur Zeit wichtige Aufgaben der nächsten Zukunft, existentielle Fragen unseres Volkes im nächsten Jahrzehnt, aufgeschoben werden, damit in der Wirtschaft, in den öffentlichen Haushalten, auch in der klassischen Staatspolitik erst einmal wieder eine Basis gefunden wird, von der aus die Dinge nach vorn bewegt werden können. Die feste Basis aber kann nur dann gefunden werden, wenn wir die existenziellen Fragen nie vergessen. Das ist nicht leicht, denn bekanntlich ist die Lage dadurch gekennzeichnet, daß wir im Bundestag nicht mit 60 Prozent, sondern mit 40 Prozent der Abgeordneten vertreten sind.

In Dortmund habe ich von einer neuen Phase in der Geschichte der Bundesrepublik gesprochen, einer Phase, die sich ausdrückt in „einem relativen Gleichgewicht der politischen Kräfte". Dies wurde so interpretiert: „Wir sind stärker geworden, aber noch nicht stark genug; zu groß, um uns abseits stellen zu können; noch nicht groß genug, um den Kurs bestimmen zu können." Weiter: „Der Kurs der SPD ist auf Durchsetzung der richtigen Politik gerichtet, nicht darauf, sich in die Mitregierung zu schleichen. Das Thema einer Koalition ist für uns nicht aktuell. Wir werden es auch nicht aufbringen. Sollte es früher oder später an uns herangetragen werden, dann wird gewissenhaft zu prüfen sein, was unter den dann gegebenen Umständen dafür oder dagegen spricht, was sachlich durchgesetzt werden könnte, was gut sein würde für unser Volk."

Soweit Dortmund. Was danach kam, nenne ich weder eine Liebesheirat noch eine Zwangsehe. Wir wurden nicht Regierungspartner von Gnaden der CDU/CSU, sondern weil es anders nicht mehr ging. Getroffen wurde eine praktisch-politische Entscheidung auf Zeit, das heißt bis zum Ende dieser Legislaturperiode 1969. Bis dahin wird die SPD die Regierung mittragen und auf die Durchführung des Regierungsprogramms — und dessen, was sich daraus ableitet — dringen. Sie wird nicht bereit sein, mitzumachen oder als Feigenblatt zu dienen, wenn rückwärtsgewandte Kräfte in den Unionsparteien die Punkte des Regierungsprogramms vergessen machen oder verwässern wollen, die ihnen unangenehm sind und die sie vielleicht nur in einer Schrecksekunde geschluckt haben.

Es hat eine Diskussion darüber begonnen, was nach 1969 sein wird. Dazu möchte ich folgendes sagen: Die Alternative zu dieser Koalition sind die Bundestagswahlen. Es wäre jedoch unpolitisch, eine Fortsetzung der Koalition auf jeden Fall ausschließen zu wollen, denn man muß das Wahlergebnis kennen, die Situation und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten. Aber es wäre unklug, ja verhängnisvoll, eine Fortsetzung „arrangieren" zu wollen. Es gibt kein abgekartetes Spiel, keine geheimen Abreden, und die darf es auch nicht geben. Der Wähler muß sprechen, das Volk muß entscheiden, nachdem die Parteien die Bilanz aufgemacht und die Perspektiven aufgezeigt haben.

Es war spät geworden Ende 1966, aber nicht zu spät. Die Große Koalition gibt nicht nur die Gelegenheit, einigen Schutt wegzuräumen, den die Versäumnisse zweier Jahrzehnte hinterlassen haben, sondern auch einige der Unterlassungen aufzuarbeiten, die unserem Volk jene Grundlagen im staatlichen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Leben geben, die es in den Stand versetzen, den Übergang zu den Notwendigkeiten des Jahres 2000 so zu bewältigen, daß seine Fähigkeiten, seine Leistungskraft und sein Wille zur Gestaltung einer friedlichen Welt sich wirksam entfalten können.

Große Koalition in der Bundesrepublik Deutschland, das muß für die an ihr entscheidend beteiligten Sozialdemokraten heißen, die Gelegenheit wahrzunehmen, um nicht nur einiges einigermaßen in Ordnung zu bringen, sondern auch eine umfassende Neuordnung vorzubereiten.

Die Grundlagen dafür brauchten wir nicht neu zu finden; wir hatten sie lange bereit. Das Godesberger Programm von 1959, die Beschlüsse unserer Parteitage, nicht zuletzt des Parteitages von Dortmund 1966, sind richtungweisende Entscheidungen, die nicht nur in der Opposition gut waren, sondern sich jetzt in unmittelbarer Regierungsverantwortung bewähren müssen.

III.

Die große Gefahr, der wir im vorigen Jahr gegenüberstanden, war die einer Wirtschaftskrise und einer sich daraus entwickelnden Staatskrise. Und wenn ich „wir" sage, dann meine ich die Bundesrepublik, ihre Menschen und ihre Sozialdemokratische Partei. Ich weiß, das Gedächtnis vieler Menschen ist kurz. Ich weiß auch, man macht nicht viel Eindruck mit dem Hinweis auf Gefahren, die abgewendet wurden.

Aber das ändert nichts daran, daß jedenfalls wir in der Sozialdemokratischen Partei wissen müssen, was war, was drohte, was sich daraus ergab und auch ganz anders hätte ergeben können. Es läßt sich leicht sagen, diejenigen hätten die Suppe auslöffeln sollen, die sie eingebrockt hatten. Man weiß jedoch aus Erfahrung, daß solche

Suppen den breiten Schichten des Volkes serviert werden. Ihrem Wesen, ihrem Auftrag nach konnte unsere Partei gar nicht anders, als ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die Krise aufzufangen, die Angst um den Arbeitsplatz zu überwinden.

(Beifall.)

Denn dies war die Lage: Millionen Menschen in unserem Lande zitterten um ihren Arbeitsplatz. In den Jahren der Vollbeschäftigung hatten viele vergessen — oder sie hatten diese Erfahrung noch gar nicht machen können —, daß ihre materielle Lage keineswegs gesichert ist. Damals, vom Sommer zum Herbst 1966, begann eine gewisse Radikalisierung um sich zu greifen. Die NPD zog in die Landtage von Hessen und Bayern ein, nicht weil die Große Koalition gebildet worden war, denn die gab es noch gar nicht. Inzwischen haben wir auch anderswo gesehen, daß die demokratischen Strukturen noch bei weitem nicht so gefestigt sind, wie mancher von uns hoffen mochte.

Ende vorigen Jahres hatten wir es nicht nur mit einer wirtschaftlichen Rezession zu tun, aus der in diesem Winter anderthalb oder zwei Millionen Arbeitslose geworden wären, hätte man die Dinge treiben lassen. Wir hatten es auch mit einer schweren, in diesem Ausmaß selbst unseren Experten nicht bewußten Zerrüttung der Staatsfinanzen zu tun. Das heißt:

Die neue Regierung übernahm ein furchtbares Erbe. Das kann nicht oft genug gesagt werden, und es darf dabei keine Verwischung der Verantwortlichkeiten geben.

Und trotzdem wollen die Menschen natürlich in erster Linie nicht wissen, wie hart wir um die Vergangenheit streiten, sondern wie wirksam wir ihnen heute und morgen beistehen können.

(Beifall.)

Die Große Koalition — mit ihrem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Karl Schiller — stand vor der doppelten Aufgabe, die Wirtschaft neu zu beleben und die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. Dabei handelte es sich um eine nicht

nur interdependente, sondern auch widerspruchsvolle Aufgaben: Sture Finanzpolitik mußte die wirtschaftliche Ankurbelung erschweren, bloße Wirtschaftsförderung das Finanzchaos verschlimmern. Dies ist es, was die Fachleute den Zielkonflikt genannt haben.

Was ist nun seitdem geschehen? Wir können feststellen, daß es ein neues Vertrauen in die Wirtschaft gibt. Zweitens, daß der Übergang zu einer neuen Periode wirtschaftlichen Wachstums sichtbar wird. Drittens, daß die Angst um den Arbeitsplatz wesentlich abgenommen hat. Viertens, daß die Gesundung der öffentlichen Finanzen tatsächlich eingesetzt hat. Fünftens, daß die D-Mark gesichert werden konnte. Sechstens, daß die Preise stabil geblieben sind.

Vermieden wurden Massenarbeitslosigkeit, Inflation und Abbau der Renten. Bewegt wurden 20 Milliarden DM auf der Einnahme- und Ausgabenseite des Bundes.

Für mich kann es sich nicht darum handeln, diesen Komplex im einzelnen fachlich abzuhandeln; dazu sind andere berufen. Ich möchte aber zwei Entscheidungen von prinzipieller Bedeutung hervorheben, die in dieser Regierung unter maßgeblicher sozialdemokratischer Mitwirkung gefallen sind und die meiner Überzeugung nach auch nicht mehr zurückgedreht werden können:

Einmal meine ich damit die Tatsache, daß sich die Notwendigkeit einer aktiven Wirtschaftspolitik durchgesetzt hat.

(Beifall.)

Zum anderen die Tatsache, daß die Notwendigkeit einer mittelfristigen Finanzplanung anerkannt worden ist. Das waren beides fundamentale sozialdemokratische Erkenntnisse und Forderungen.

(Beifall.)

Es ist klar, daß der erste Versuch einer mittelfristigen Finanzplanung unter den obwaltenden Bedingungen und höchstem Zeitdruck voller Unzulänglichkeiten sein mußte. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß die sozialpolitischen Entscheidungen einerseits, die steuerpolitischen andererseits nicht als gerecht genug empfunden werden können.

Das ändert jedoch nichts daran, daß sich die Regierung mit der Finanzplanung unter den Zwang begeben hat, vom Gießkannensystem wegzukommen und Schwerpunkte zu setzen, nach Prioritäten zu entscheiden. Auch dabei konnte erst ein Anfang gemacht werden. Aber wir wollen beispielsweise nicht unterschätzen, daß die Mittel für Wissenschaft und Forschung eindeutig überproportional an den Steigerungsraten der kommenden Bundeshaushalte partizipieren: 16 Prozent zu 6 Prozent. Und dann wollen wir ohne Scheu hinzufügen: Es war die Sozialdemokratische Partei, die vor mehr als einem Jahrzehnt zur Mobilisierung des Geistes in der Bundesrepublik aufgerufen hat; wir haben keine Veranlassung, uns dieses Erstgeburtsrecht streitig machen zu lassen.

Nun muß man allerdings verstehen, daß es in den vergangenen Monaten schwer war, den Blick vieler unserer Landsleute über die unmittelbaren Tagesfragen hinauszulenken. Dazu trug auch bei, daß zahlreiche Unternehmer den konjunkturellen Rückschlag rücksichtslos ausgenutzt haben. Das, was in der Zeit des Werbens um die Arbeitskraft an freiwilligen übertariflichen Löhnen und Sozialleistungen angeboten worden war, wurde unter Ausnutzung der allgemeiner Schwierigkeiten abgebaut. Viel Unmut, manche Unzufriedenheit und harte Kritik an Staat und Gesellschaft findet gerade in diesen Erfahrungen ihre Erklärung.

Demgegenüber bedeutet die neue, aktive Wirtschaftspolitik eine Politik der Verantwortung für alle, die am Wirtschaftsleben beteiligt sind. Das Wohl und das Interesse der arbeitenden Menschen wird nicht mehr nur als eine Folgeerscheinung der sich aufwärts- oder abwärtsentwickelnden Wirtschaft gesehen, sondern als ein selbstgewähltes und notwendiges Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik. Das wird auch nicht dadurch in Frage gestellt, daß die notwendigen Investitionen zunächst den Unternehmen zugute kommen.

Dies konnte nur der erste der notwendigen Schritte in eine neue Entwicklung sein; andere müssen folgen. Sie werden folgen, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, daß die Tarifpartner wieder über einen Bewegungsraum verfügen. In der weiteren Entwicklung wird man sich ernsthaft auseinanderzusetzen haben mit den Fragen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, der Be-

teiligung der arbeitenden Menschen am wachsenden Wirtschaftsertrag, der Mitbestimmung im wirtschaftlichen Leben. Das eine bedingt das andere.

Um es so zu sagen: Wenn eine solche Krise nicht ohne wesentliche Belastung der breiten Schichten unseres Volkes gemeistert werden kann — nach dem bekannten, aber schwer widerlegbaren Motto „die Masse bringt es" —, dann muß dieser demokratische Staat auch der Staat der breiten Schichten sein. Gerade in diesem Sinne ist die SPD Volkspartei.

(Beifall.)

Dies jedenfalls muß sicher sein: Wirtschaftspolitik ist nicht Selbstzweck, aber eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Inangriffnahme grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Fragen. Wir sprechen von Stabilität und Wachstum. Nach sozialdemokratischer Auffassung muß Stabilität bedeuten Sicherheit für alle, und Wachstum muß ebenso bedeuten Vermögenszuwachs für alle.

Nun haben wir es akut mit einer schweren Strukturkrise in den Steinkohlengebieten an Ruhr und Saar zu tun. Die neue Bundesregierung hat diese Strukturprobleme nicht geschaffen. Sie wurden vererbt, nachdem sie seit Jahren erkannt, aber nicht ernsthaft angepackt worden waren. Gerade die letzten Tage sollten gezeigt haben, daß unser Wirtschaftsminister und wir alle nicht nur Verständnis für die Sorgen und Schwierigkeiten in den Steinkohlenrevieren haben, sondern auch die Kraft und den Willen, sie so zu überwinden, daß die Erfordernisse wirtschaftlicher Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit erkennbar werden und sich durchsetzen.

Über die Kohlenkrise hinaus wird der Begriff der Strukturpolitik in den kommenden Jahren groß geschrieben werden müssen. Es geht um eine Reihe regionaler und sektoraler Strukturprobleme, einschließlich der Landwirtschaftsprobleme, mit denen man leichter fertig wird, wenn die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach oben geht, die aber auch dann nicht von allein in Ordnung kommen, sondern zusätzlicher energischer Anstrengungen bedürfen. Es hätte nicht erst der konjunkturellen Rückschläge bedürfen sollen, um die Notwendigkeit der Strukturpolitik zu erkennen. Jetzt aber kommt es darauf an, daß bei jedem weiteren Schritt größeres Gewicht auf die zukunftsichernden Aufgaben des Staates gelegt wird.

IV.

Es geht das böse Wort um von der „sozialen Demontage". Ich meine, es muß nachdrücklich zurückgewiesen werden.

Selbstverständlich wäre es besser gewesen, wenn es sich hätte vermeiden lassen, die Rentner mit zwei Prozent zur Krankenversicherung heranzuziehen. Aber die Renten werden doch nicht abgebaut, sondern erhöht.

Die eigentliche sozialpolitische Entscheidung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung war die Beibehaltung der bruttolohndynamischen Rente. Bei einer Regierung ohne Sozialdemokraten wäre dies System mit großer Wahrscheinlichkeit über Bord gegangen. Jetzt ist vorentschieden, daß die Renten bis 1971 um fast 30 Prozent erhöht werden.

Wir haben uns mit Erfolg gegen den Abbau der Kriegsopferversorgung gestellt. Wir haben das Arbeitslosengeld erhöht. Wir haben eine Serie von Verschlechterungen — zum Beispiel bei den Freibeträgen — abgewehrt, die die Arbeitnehmer empfindlich getroffen haben würden.

Tatsache ist, daß die gesamten Sozialleistungen absolut und verglichen mit dem Sozialprodukt in unserem Lande noch niemals höher waren als heute. Bei stagnierenden Löhnen und Gehältern haben die Sozialleistungen die Massenkaufkraft gesichert. Sie haben sich insoweit als eine wichtige Konjunkturstütze erwiesen.

Das war nur möglich, weil die Sozialleistungen — unter wesentlicher Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — von 31,2 Milliarden DM im Jahre 1957 und damit 13,8 Prozent des Bruttosozialprodukts auf in diesem Jahr 77,3 Milliarden DM oder 16,1 Prozent des Bruttosozialprodukts angewachsen sind. Wir sind entschlossen, auch in Zeiten finanzieller Bedrängnis die grundsätzlichen Positionen der Sozialpolitik zu sichern. Das haben wir bewiesen.

Im Sinne unserer Vorstellungen ist vorentschieden worden die Einbeziehung aller Angestellten in die Rentenversicherung. Damit verschwindet der Begriff der Schutzbedürftigkeit aus dem Rentenrecht.

Dem wird folgen — ein entsprechender Auftrag ist im Kabinett gegeben worden — die Einbeziehung der selbständig und freiberuflich Tätigen. Das ist ein grundsätzlich wichtiger Durchbruch in Richtung auf die Volksversicherung, eine der Zielvorstellungen, von denen Ernst Schellenberg und wir alle im Wahlkampf 1965 gesprochen haben und um deren schrittweise Verwirklichung wir uns weiterhin mit Nachdruck zu bemühen haben.

Wir verleugnen weder unsere Ziele noch unsere grundsätzlichen Verpflichtungen, die wir vor dem Wähler eingegangen sind. Wir bitten auch gar nicht um mildernde Umstände, daß nach knapp einem Jahr Mitarbeit in der Großen Koalition viele unserer Vorstellungen nicht verwirklicht werden konnten. Wir wissen, daß es zunächst darum ging, Schutt wegzuräumen und Weichen zu stellen. Wir resignieren nicht. Wir sind unserem Wesen und unserem Auftrag nach das dynamische Element und das soziale Gewissen. Das weist die tägliche Arbeit der von uns geführten Ministerien aus. Wir bemühen uns, die gefundenen Lösungen auszubauen, und wir sind entschlossen, gerade auch im sozialpolitischen Bereich vorausschauende Vorstellungen zu entwickeln. Auf jeden Fall ist alles, was wir in der Regierung positiv durchsetzen oder verhindern konnten, weitaus mehr, als in der Opposition zu erreichen gewesen wäre.

Es ging nicht darum, was wir besser in der Opposition oder in der Regierung tun konnten, sondern ob wir in der Opposition hätten mehr sagen als wir in der Regierung beeinflussen können.

Seien wir uns jedoch im klaren: Es ist noch lange nicht alles in Ordnung, vieles liegt noch im Argen: Im organisatorischen Durcheinander, in der Unübersichtlichkeit der Versicherungssysteme, in der Unklarheit über die Leistungen, die der einzelne zu erwarten hat. Das sind Mängel, die man sehen muß. Wir glauben, daß es zu einer gesunden sozialen Ordnung in der Zukunft auch gehören wird, alle offenen Fragen zu sammeln und dafür Lösungen im Sinne einer umfassenden Sozialplanung zu erarbeiten. Wir müssen vom sozialpolitischen Flickenteppich zum Sozialbudget kommen.

Dabei wird auch zu prüfen sein, in welchen Bereichen der Sozialpolitik — umfassend betrachtet, also unter Einschluß der Gesundheits- und Familienpolitik — die für eine moderne Leistungsgesellschaft erforderliche Mobilität auf dem Arbeitsmarkt nicht begünstigt, sondern gehemmt wird. Es kann sich nicht darum handeln, Prämien für soziale Immobilität zu verteilen. Es gilt, die breiten Schichten genau darüber zu informieren, was im Zuge der rasanten technischen Entwicklung auf die vielen einzelnen zukommt. Jeder muß erkennen, daß auch er selbst sich für die großen Umwälzungen vorbereiten muß. Es ist selbstverständlich, daß der Staat hierbei zu helfen hat. Das von der Bundesregierung verabschiedete Berufsausbildungsförderungsgesetz kann dabei nur ein Anfang sein. Auch die Sozialpolitik muß der gesamtwirtschaftlichen Rentabilität, dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen. Sie muß Teil einer progressiven Gesellschaftspolitik sein und nicht eine verbesserte Ausgabe der Armenfürsorge aus Großvaters Ständestaat.

Umgekehrt darf kein Zweifel daran aufkommen, daß wir zielstrebig darauf hinarbeiten, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen. Wir meinen, dies ist keine Statusbeschreibung des Grundgesetzes, auch nicht nur sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Programmatik, sondern ein Auftrag der Verfassung.

V.

Hier weiß jeder, daß die SPD die politische Kraft ist, die die Erfordernisse der Modernisierung und der Demokratisierung in unserem Lande durchsetzen will. Vielleicht sollten wir deutlicher machen, daß es dabei zugleich um die Humanisierung geht. Humanisierung durch Demokratisierung und Modernisierung — das ist es, was wir als Ergebnis unserer gesellschaftspolitischen Bestrebungen, unserer Bemühungen um ein menschenwürdiges Dasein erreichen wollen.

Hier geht es für uns Sozialdemokraten zunächst und vor allem darum, daß die Stellung der Arbeitnehmer fundamental verändert wird. Es geht um den gesicherten Arbeitsplatz. Es geht um Lohn und Gehalt. Aber es geht um mehr, nämlich um einen vom Grunde her verbesserten Status der Arbeitnehmer in einer sich rasch verändernden und — wenn es nach uns geht — sich erneuernden Gesellschaft.

Wir begegneten heftiger Kritik seitens der CDU, als wir in Dortmund davon sprachen, daß die Arbeitnehmer noch nicht voll in unseren Staat integriert sind. Heute gilt es — ohne jede rechthaberische Genugtuung — an Hand der Erfahrungen von der Ruhr festzustellen, daß wir leider recht hatten. Diese Aufgabe ist durch die Große Koalition zunächst nicht leichter geworden. Wir müssen sie lösen, indem wir unsere Vorstellungen von einem modernen demokratischen und sozialen Staat entwickeln, postulieren, und konkretisieren.

Hier geht es um die erwähnten Fragen einer modernen Sozialpolitik, der Vermögensbildung und der Auswirkungen von Automation und technischem Fortschritt für viele Arbeitnehmer. Aber hier stellen sich auch die Fragen der Mitbestimmung, einer modernen Unternehmensverfassung, der Betriebsdemokratie. Es handelt sich für uns nicht um Konstruktionen, die mit den Notwendigkeiten einer modernen Wirtschaft kollidieren, sondern um den Rang und die Würde des arbeitenden Menschen in der modernen Gesellschaft.

In dieser Koalition haben wir verhindert, daß die qualifizierte Mitbestimmung in der Montan-Industrie eingeschränkt wurde. Wir hatten schon vorher darauf bestanden, daß in der Regierungserklärung eine Sachverständigen-Kommission angekündigt wurde. Sie soll Erfahrungen auswerten und nächste Schritte abstecken. Es hat nachdrücklicher Hinweise bedurft, damit die Berufung einer solchen Kommission nicht auf dem Papier stehenblieb. Sie ist endlich gebildet worden.

Und jetzt kommt es darauf an, ihre Arbeit nicht von vornherein abzuwerten. Sie darf kein Verschiebebahnhof sein, und ich wende mich nachdrücklich gegen die Auffassung derer, die — von der einen oder anderen Seite — unterstellen, dort solle nur für den Papierkorb gearbeitet werden. In Wirklichkeit sind die Fragen der Mitbestimmung und der wirtschaftlichen Demokratie in starkem Maße auch ein Problem der öffentlichen Meinung.

Unsere Partei unterstreicht die Bedeutung dieses Problems und die Ernsthaftigkeit ihres eigenen Willens, indem sie selbst eine Mitbestimmungs-Kommission berufen wird; und darin wird selbstverständlich mehr als ein Gewerkschaftsführer ein gewichtiges Wort zu reden haben. Man kann auch davon ausgehen, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hierzu noch in dieser Legislaturperiode initiativ werden wird.

Die SPD ist keine Gewerkschaftspartei. Das ist keine neue, aber eine richtige Feststellung, auch im Sinne der Gewerkschaften. Aber die SPD ist die natürliche politische Heimat der Arbeitnehmer, die eine kontinuierliche Entwicklung zur sozialen Demokratie wünschen, die für eine Verwirklichung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates eintreten. Es käme einer Preisgabe ihrer entscheidenden Substanz und damit einer Selbstaufgabe gleich, wenn sich die Partei nicht jederzeit diesen Zielen verpflichtet fühlte.

(Lebhafter Beifall.)

Ich kenne keine Frage der gesellschaftlichen Ordnung, über die wir uns mit den Gewerkschaften ernstlich entzweien könnten. Das bedeutet nicht etwa eine Zumutung zu unkritischer Gefolgschaft. Es gibt keine Bevormundung in der einen oder anderen Richtung. Wir werden wie bisher so freimütig miteinander argumentieren, wie es der jeweilige Gegenstand erfordert. Aber nicht nur in der Abwehr restaurativer und reaktionärer Kräfte stehen wir in einer Front, sondern auch in der Arbeit am Ausbau der Demokratie — politisch, wirtschaftlich, kulturell, sozial.

(Beifall.)

Bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung über den sogenannten Arbeitnehmerflügel: Wir sehen die Notwendigkeit, das Verhältnis der Partei zu ihren gewerkschaftlich tätigen Mitgliedern zu verbessern und die Zusammenarbeit zu verstärken. Dazu brauchen wir nur die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und könnten ihnen etwas hinzufügen, was die Partei auch zentral kontinuierlich an Rat und Sachverstand von Sozialdemokraten in gewerkschaftlichen Organisationen partizipieren läßt. Aber ein Mißverständnis sollte man nicht aufkommen lassen: Die Arbeitnehmer sind in unserer Partei keine Minderheit, auch keine Sondergruppe; sie können und dürfen sich durch organisatorische Spielereien nicht zu einer Randerscheinung stempeln lassen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich wende mich wieder den gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu und nenne die Rolle der Wissenschaft und die Bedeutung der Bildung.

Das jagende Tempo der technologischen Entwicklung hat in der Geschichte der Menschheit eine Phase eingeleitet, in der Geltung, Gewicht, Einfluß eines Staates wesentlich davon abhängen, ob er imstande ist, das Kapital seiner Talente zu mobilisieren. Bei uns in der Bundesrepublik gibt es jedoch noch immer ein Forschungsdefizit und auch eine unterentwickelte Kooperation zwischen Wissenschaft und politischer Praxis.

Ich meine, wir müssen den Ehrgeiz einer wissenschaftlich-technischen Expansion entwickeln. Das bedeutet: Unsere Gesellschaft muß in die Lage versetzt werden, sich radikal zu modernisieren. Denn die Intelligenzquote des Volkes wird bald ein entscheidender Faktor sein.

Es ist falsch, zu sagen, wir leisteten uns den Luxus von zu viel kostspieliger Ausbildung. Es ist richtiger, zu sagen, wir können uns nicht leisten, auch nur einen Menschen nicht teilhaben zu lassen, der fähig wäre, von einer Fachschul- oder Hochschulausbildung zu profitieren.

(Beifall.)

Hier geht es um das Potential, das in den Kindern vieler Arbeitnehmer steckt; ihr Anteil ist auch im Vergleich zu westlichen Industriestaaten noch immer erschreckend niedrig. Es handelt sich weiter um ein unausgeschöpftes katholisches Reservoir, das auf die Eigenheiten des — sich langsam wandelnden — Schulwesens in Teilen der Bundesrepublik zurückzuführen ist. Schließlich müßte man an das weibliche Bildungsreservoir denken, wenn man nicht alles Gerede über Modernität und Gleichberechtigung zum Spott werden lassen will.

(Beifall.)

Wenn von Wissenschaft und Forschung die Rede ist, wird ja häufig übersehen, was erst noch getan werden muß, um die Schulbildung, die zusätzliche Fachausbildung und die Erwachsenenbildung so zu entwickeln, wie es einem Staat vom Rang der Bundesrepublik Deutschland gemäß wäre. Ich stehe, nicht nur von Amts wegen, auf dem Boden des Grundgesetzes, einschließlich seiner föderativen Prin-

zipien. Wenn die Länder — und das heißt hier vor allem: die Kultusminister — sich jedoch nicht bald selbst einen Ruck geben, wird unweigerlich ein mächtiger Ruf erschallen, daß Schul- und Kulturföderalismus nicht auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen werden dürfen. Ich weiß, daß Carlo Schmid dies genau so sieht und daß er — neben dem, was er sonst noch bedeutet — auch als Bundesratsminister kämpfen wird, um das Grundgesetz vor Mißbräuchen der Bürokratien zu bewahren.

(Lebhafter Beifall und Bravo! — Rufe)

Fast alle Sachkundigen sind sich einig, daß die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Hochschulen und Wirtschaft von Grund auf neu durchdacht werden muß. Hier liegt ein Schlüssel für die künftige Rolle Deutschlands. Jeder Tag ist ein Verlust, den wir vergehen lassen, ohne dieses Problem anzupacken. Andere Länder sind uns darin voraus.

Gerade unsere Partei muß vorurteilsfrei die erkennbaren künftigen Entwicklungen prüfen und selbst dann Konsequenzen für die Umformung der Gesellschaft ziehen, wenn diese Konsequenzen der einen oder anderen Vorstellung widersprechen, die wir mit uns tragen; sie kann gestern modern gewesen und morgen veraltet sein. Was heute richtig ist, darf uns nicht davon abhalten, zu durchdenken und zu erkennen, was morgen richtig sein wird.

Eine solche Modernisierung von Staat und Gesellschaft darf natürlich die Partei selbst nicht ausklammern. Das heißt nicht nur, das Prinzip der Mobilität, der Leistungsorientierung, der Konkurrenz auch in unserer eigenen Partei zu pflegen. Das heißt vor allem klarzumachen, daß die SPD die Partei für Leute ist, die sich etwas zutrauen und die etwas für die Zukunft ausrichten wollen.

Ich komme zu einem dritten Komplex: Wir als deutsche Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren die Gemeinschaftsaufgaben definiert und häufig über sie gesprochen. Darunter verstehe ich jetzt nicht die Abwandlung des Begriffs im Rahmen der anstehenden Finanzreform für Bund, Länder und — nicht zu vergessen — Gemeinden. Auf dieses wichtige Reformwerk, das die Regierung der Großen Koalition auf den Weg gebracht hat, will ich nicht im einzel-

nen eingehen. Nur zwei Hinweise: Ob es zu einer zeitgemäßen Finanzreform kommt, hängt auch von den sozialdemokratisch geführten Landesregierungen ab. Und vom Inhalt der Reform hängt es ab, wie die Gemeinschaftsaufgaben im Sinne der vernachlässigten Sozialinvestitionen und die Strukturprobleme in der Bundesrepublik angepackt werden können.

(Beifall.)

Im Laufe der letzten Jahre haben wir viele Vorschläge entwickelt. Jetzt, als gleichberechtigte Mitträger der Bundesregierung, haben wir die Möglichkeit, manche davon in konkrete Gesetzesvorlagen zu fassen. Dafür stehen nunmehr ganz andere Hilfsmittel zur Verfügung. Das hat sich auch schon ausgewirkt:

Durch den Plan des Bundesverkehrsministers Georg Leber besteht zum erstenmal die reale Chance, eine der großen Gemeinschaftsaufgaben langfristig in den Griff zu bekommen. Das ist ein großer Wurf, was immer noch an Einzeleinwänden vorgebracht werden mag.

(Beifall.)

Unbeschadet der geringen Kompetenz des Bundes können wir Wesentliches auf dem Gebiet erwarten, für das der Gesundheitsminister — oder die Frau Minister, jedenfalls unsere Käte Strobel — verantwortlich zeichnet. Jeder von uns weiß um die Bedeutung der Volksgesundheit und um die Wichtigkeit, das Gesundheitswesen zu reformieren.

(Beifall.)

Auf dem Gebiet des Wohnungs- und Städtebaues, für das Lauritz Lauritzen zuständig ist, dürfen wir uns nicht durch Schwierigkeiten des Augenblicks verwirren lassen. Die Pläne zur Drosselung des öffentlich geförderten und des sozialen Wohnungsbaues sind durchkreuzt worden. Das Wohngeld ist gewahrt geblieben. Ein Entwurf zur Verbesserung des sozialen Mietrechts liegt bereits vor. Auch das Thema des Bodenrechts — dem man sich selbst im konservativen Japan nicht mehr entzieht — wird uns verstärkt zu beschäftigen haben.

Ein weiteres gesellschaftspolitisches Hauptproblem möchte ich so beschreiben: Es ist noch immer eine sehr männliche Welt, in der wir

leben. Der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist im Grundgesetz und in der Gesetzgebung verankert. Dennoch schließen, davon war schon die Rede, sehr viel weniger Mädchen als Jungen eine höhere Schulbildung oder ein Studium ab. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird bei weitem nicht überall praktiziert. Das geistige Potential der Frauen ist nicht ausgeschöpft. Es ist aber weder in der Wirtschaft noch in Forschung und Lehre noch in der Politik entbehrlich.

Auch wir sind jeweils als Person häufig nicht frei von veralteten Leitbildern. Aber die SPD muß auch heute und morgen die Partei der Emanzipation sein. Die Partei muß Vorurteile abbauen helfen und den Frauen den Weg zur gleichberechtigten Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben ebnen. Wir müssen den Frauen bewußt machen, welche gewaltige Macht sie darstellen. Die fortschrittliche Kraft unserer Partei muß eingesetzt werden, um mit Aussicht auf Erfolg das geistige Potential der Frauen aus der Schlinge veralteter Konventionen zu befreien.

Wenn ich nun weiter etwas über die junge Generation sage, möchte ich vorweg einen Gedanken loswerden, von dem ich weiß, daß er so nicht zu verwirklichen ist. Aber ich halte es für wichtig, daß wir alle über das Problem nachdenken, das dahinter steckt, weil davon die Zukunft der SPD und auch der zukünftige Weg dieser Bundesrepublik abhängt: Also wohl wissend, daß dies so nicht möglich ist, habe ich einmal überlegt, ob man nicht satzungsmäßig festlegen sollte, daß alle Gremien unserer Partei zu 30 Prozent aus Mitgliedern bestehen müssen, die jünger sind als 30 Jahre. Das würde uns nicht den Alltag, vielleicht aber die Aufgabe erleichtern.

(Beifall — Bewegung.)

Wir haben in den vergangenen Jahren viel über Jugend gesprochen. Der Krieg hat die damals jüngeren Generationen stark dezimiert. Die Nachkriegszeit hat die mittleren und älteren Jahrgänge so stark beschäftigt, daß nicht genug Zeit blieb zum Gespräch mit den jungen Menschen. Die Jugend kennt wenig von unseren Erfahrungen, aber auch wir wissen zu wenig von ihrem Denken und ihrer Erfahrung.

Ich habe den Eindruck, die heutige Jugend ist weithin sachbezogen und skeptisch, was nicht bedeuten muß, daß sie nicht dennoch — wie

andere Generationen vor ihr — die Illusion haben könnte, man brauche ein Problem nur theoretisch anzugehen, um es auch praktisch lösen zu können. Wie immer sie sich gebärden mag, ich glaube, daß sie eine suchende Jugend ist wie alle Jugend; und deshalb muß man ihr helfen, Antworten auf die sie bedrängenden Fragen zu finden. Denn es darf bei der Bewältigung der Zukunft keinen Bruch der Generationen geben, und es braucht ihn auch nicht zu geben.

Als ein Mann, der die Fünfzig überschritten hat, glaube ich sagen zu können, daß es keine Partei der Jugend geben wird. Denn es gibt ja keine Jugend, die nicht älter wird. Die Jugend kann politische Abstinenz üben, was sie gottlob nicht tut. Sie kann sich zum extremen Radikalismus oder gar zum Nihilismus wenden, woran die meisten hoffentlich ihre Nüchternheit hindern wird.

Aber wenn es eine Partei gibt, die bereit sein muß, sich auch für ungewohnte und unbequeme Auffassungen der jungen Generation zu öffnen, dann ist es doch die SPD. Welche Partei denn sonst? Und wenn wir von Modernisierung, Demokratisierung und Humanisierung unseres Staates sprechen und der Jugend nicht unsere Tore öffnen und nicht bereit sind, ihr Chancen und Verantwortung zu geben, dann werden wir zuletzt weder die Modernisierung noch die Demokratisierung noch die Humanisierung unseres Staates verwirklichen können. Ich habe keine ausgefeilte Antwort auf die Frage, wie wir diese Aufgabe lösen. Ich weiß nur, daß wir sie lösen müssen. Wir, das ist die ganze Partei in allen ihren Gliederungen und Schattierungen.

(Beifall.)

Jedenfalls glaube ich, daß wir diese Fragen auf einer rationalen Basis lösen müssen. Die unruhige Jugend des Jahres 1967 ist nicht nur ein Kennzeichen der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt sie in allen Industrienationen. Die Jugend der Schulen und Universitäten kann nicht durch patriarchalisches Moralisieren beeindruckt werden; allerdings auch nicht dadurch, daß man ihr nach dem Munde redet. Diese Jugend, auch am Arbeitsplatz, hat in der Tat eines gelernt und angenommen, nämlich vorhandene Autoritäten in Frage zu stellen. Das dürfen wir ihr aber gerade nicht ankreiden wollen. Und wir dürfen uns weder wundern noch ärgern, wenn wir selbst auch in Frage gestellt werden.

Worauf wir aber bestehen müssen bei dem notwendigen Gespräch mit einer Generation, die nur den Wohlstand, nicht die Armut kennengelernt hat; nur die Spaltung, nicht die Einheit; nur den kalten Frieden, nicht den heißen Krieg — das ist, daß dieses Gespräch auf der Basis sachlicher, kontrollierbarer und überprüfbarer Argumente geführt wird. Alles andere ist Spielerei und Zeitvergeudung, für alle Beteiligten. Und zumal bei ärgerniserregendem Unsinn oder gemeingefährlichen Exzessen braucht man nicht mitzuspielen.

Es geht nicht nur um das Gespräch mit der jungen Generation. Es geht um gemeinsame Arbeit an lohnenden und überzeugenden Aufgaben: Bildung und Ausbildung, Technik und Wissenschaft, Europa und weltweite Partnerschaft, internationale Zusammenarbeit und Sicherung des Friedens. Dies sind große, faszinierende Aufgaben, um die es sich nicht nur zu streiten, sondern an denen es lohnt, zu arbeiten und sich zu bewähren.

VI.

Ich möchte noch einige Fragen aufgreifen, die für den Bestand und die Fortentwicklung der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung sind.

Erste Frage: Verträgt sich die Große Koalition mit dem Erfordernis einer angemessenen, wirksamen Opposition?

Nun, der demokratische Staat braucht zweifellos eine effektive Opposition, aber er braucht eben auch eine effektive Regierung, und die gab es vor einem Jahr nicht mehr. Das wichtigste Kapital dieser Koalitionsregierung, zu dem wir entscheidend beigetragen haben, besteht darin, daß wieder regiert wird. Im Grundgesetz steht auch nirgends geschrieben, daß die Opposition im Bundestag aus über 200 Abgeordneten zu bestehen habe und immer durch die SPD darzustellen sei.

Zugegeben ist, daß es einer Partei mit 49 Abgeordneten nicht leichtfallen kann, alle Aufgaben der Opposition zu erfülllen. Es würde ihr noch viel schwerer fallen, wenn die SPD nicht vorexerziert hätte,

was die Pflichten der parlamentarischen Opposition sind. Außerdem gibt es das weitverbreitete Mißverständnis, die Kontrolle der Regierung sei allein Aufgabe der Opposition, während es sich doch in Wirklichkeit um eine Aufgabe des Parlaments handelt. Die Behauptungen oder Befürchtungen, es werde eine geistig-politische Einöde geben, das Parlament werde verkümmern, die Regierungsparteien würden Vergangenes und Gegenwärtiges zudecken, sind nicht Wirklichkeit geworden. Ich habe das früher schon in Berlin erlebt, als wir dort noch die Große Koalition hatten: In beiden Fraktionen geht es dann munterer zu, und beide sind bei einer breiten parlamentarischen Basis auf eine wirksame Kontrolle der Regierung bedacht.

Außerdem, was die FDP angeht, muß doch wohl auch hinzugefügt werden, daß die Situation vom vergangenen Jahr mit auf ihr Verhalten zurückzuführen war. Sie hatte im Grunde nie eine Alternative schaffen helfen, sondern sich stets als Hilfstruppe der Union bereitgehalten. Der eine und andere, der heute die FDP rühmt, handelt dabei recht altruistisch.

(Beifall.)

Zweite Frage: Wird uns die Große Koalition ein neues Wahlrecht bescheren, und würde dies nicht eine Einengung der demokratischen Wahlfreiheit bedeuten?

Dazu möchte ich auf die beiden Punkte verweisen, die hierzu in der Regierungserklärung enthalten sind. Einmal geht es um den möglichen Übergang zum Mehrheitswahlrecht. **Wir haben uns bei der** Bildung der Großen Koalition dafür ausgesprochen, daß dieses Thema durch eine Regierungsvorlage auf den Tisch kommt, und zwar so, daß mit verfassungsändernder Mehrheit ein neues Wahlrecht mit Wirkung ab 1973 verankert werden könnte.

Dabei ist dem Partner klargemacht worden, daß niemand von uns die Entscheidung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion präjudizieren konnte und daß wir darüber hinaus nach unseren Beschlüssen eines Parteitages bedürfen, bevor von uns aus über eine grundlegende Änderung des Wahlrechts befunden werden kann. Wenn es in den nächsten Monaten zu einer Regierungsvorlage

kommt, werden wir uns also für Ende 1968 auf einen außerordentlichen Parteitag einstellen müssen. Inzwischen zeigt sich, daß dies ein auch in der CDU umstrittener Gegenstand ist.

Ich möchte meinen, daß niemandem der Eindruck vermittelt werden sollte, als hätten wir Sozialdemokraten Angst vor dem Mehrheitswahlrecht. Nein, wir haben keine Angst, aber wir haben einen Widerwillen gegen ein manipuliertes Wahlrecht. Deshalb bleiben wir mißtrauisch gegenüber dem, was aus den Reihen der CDU erst in den letzten Tagen wieder als „mehrheitsbildendes" Wahlrecht bezeichnet wurde. Für uns besteht die Alternative meines Erachtens darin, ob es bei dem Verhältniswahlrecht bleibt, das bei uns nach dem ersten Weltkrieg durchgesetzt wurde, oder ob es durch das relative Mehrheitswahlrecht abgelöst wird, wie man es vor allem in den angelsächsischen Ländern kennt. Das heißt unverfälscht: Gewählt ist der Kandidat, der in dem jeweiligen Wahlkreis die meisten Stimmen hat.

Zum anderen war in der Regierungserklärung die Rede davon, ob etwa schon 1969 „mehrheitsbildende" Elemente in einem „Übergangswahlrecht" zur Geltung kommen könnten. Hierzu ist bislang nichts Überzeugendes vorgeschlagen worden. Bundeskanzler Kiesinger stimmt mit mir darin überein, daß dieses Thema nicht mehr aktuell sein dürfte.

Dritte Frage: Was ist mit den extremen Parteien?

Die Rechtsradikalen stellen sich den Wählern. Wir sollten nicht vermuten lassen, als ob wir uns nicht zutrauten, uns dieser Herausforderung zu stellen. Allerdings soll niemand meinen, wir hätten vergessen, wer unser Volk ins Verderben führte. Wir werden alle Kräfte mobilisieren, um unser Volk nicht erneut auch nur in die Nähe einer solchen Gefahr geraten zu lassen.

(Erneuter Beifall.)

Zur Neugründung der KPD habe ich vor ein paar Tagen vor der Bundespressekonferenz meine Meinung gesagt: Innen- und außenpolitisch hielte ich es für eine Erleichterung, wenn die Kommunisten in der Bundesrepublik mit den anderen Parteien legal konkurrieren wollten und könnten. Sie könnten es, im Rahmen unserer Verfassung.

Das wissen auch diejenigen, die um das Verlassen der Illegalität und die Neugründung bemüht sind. Aber bisher gibt es kein grünes Licht aus Ost-Berlin, weil man dort Propaganda und der Polemik den Vorzug gibt.

Im übrigen war jetzt viel von außerparlamentarischer Opposition die Rede, als ob das etwas Neues und vom Grundsatz her ein Problem wäre. Ein Problem, das wir nicht leicht nehmen, sind antiparlamentarische und anti-demokratische Umtriebe von der einen oder von der anderen Seite. Da fragen wir natürlich auch nach den Ursachen. Da verschließen wir uns auch nicht der Auseinandersetzung. Wir lassen uns nicht verrückt machen, aber auch nicht zum Narren halten.

Vierte Frage: Was wird aus der Gesetzgebung für Krisenzeiten, den sogenannten Notstandsgesetzen?

Dazu möchte ich gerade manche unserer Freunde in den Gewerkschaften und an den Hochschulen bitten, die veränderte Lage nicht zu übersehen. Wir haben ihre Einwände nie achtlos beiseite geschoben. Wir waren und sind nicht bereit, die Einwände gegen eine Notstandsgesetzgebung als Opposition gegen den Staat schlechthin abzutun. Ich weiß, daß diese Opposition nicht nur aus dem Gefühl kommt; auch nicht nur aus der Erinnerung an den Mißbrauch, der in diesem Land mit dem Artikel 48 getrieben worden ist.

Genauso entschieden möchte ich aber einigen Freunden in den Gewerkschaften und an den Hochschulen sagen, daß die Führung dieser Partei nicht an Gedächtnisschwäche leidet, und daß — im Sinne eines Wortes von Kurt Schumacher — unser politisches Handeln nicht zuletzt von dem Gesichtspunkt bestimmt wird, daß eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit in unserem Land unmöglich gemacht werden muß. Es ist unerträglich, wenn gewisse Leute nicht nur denken, sondern auch sagen, der Deutsche Bundestag bestünde aus einer Horde von Rechtsbrechern.

(Beifall.)

Es bleibt bei dem, was wir gesagt haben, als wir noch in der Opposition waren. Die Notstandsgesetze werden entweder Gesetze zur

Sicherung der Demokratie und des Staatsbürgers sein, oder es wird sie nicht geben. Dabei werden wir keinesfalls vergessen, daß unser Denken und Handeln darauf gerichtet sein muß, den Notstandsfall zu verhindern, nicht aber ihn zu verwalten.

Ich meine, wir sind auf dem richtigen Wege. Diese Regierung hat eine neue Arbeitsgrundlage unterbreitet, von der ich annehme, daß sie im Bundestag weiter verbessert werden kann. Dazu wird die öffentliche Anhörung von Sachverständigen beitragen, die auf unseren Vorschlag zurückgeht. Die „einfachen" Notstandsgesetze sind durch die jetzige Regierung, nach Entrümpelung, neu vorgelegt worden. Die bedrückenden Schubladengesetze gibt es nicht mehr. Ich möchte denjenigen hören, der behaupten wollte, dies sei keine veränderte Lage.

Fünfte Frage: Was ist mit dem Strafrecht und den anderen Gesetzesvorlagen, für die das Bundesjustizministerium zuständig ist?

Hier ist die Person von Gustav Heinemann Symbol einer liberalen Rechtspolitik, die im Dienst der Humanisierung unserer Gesellschaft steht. Der von ihm vorgelegte Entwurf zur Reform der Rechtsstellung der unehelichen Kinder erfüllt nicht nur endlich den von früheren Bundesregierungen nicht erfüllten Auftrag des Grundgesetzes; er macht auch Schluß mit lange gewachsenen Vorurteilen für die in einer modernen demokratischen Gesellschaft kein Platz mehr sein darf. Die Reform des Eherechts und des Strafrechts — vor allem auf dem ebenfalls von Vorurteilen geprägten Grenzgebiet zwischen Strafrecht und Moral — wird im gleichen Geiste angegangen. Im Dienst des politischen Strafrechts können vermutlich in Kürze die Fehlentscheidungen revidiert werden, die vor fünfzehn Jahren unter dem Druck und Eindruck des Kalten Krieges getroffen worden sind.

Sechste Frage: Was wird aus der Sorge um Monopolbildungen im Pressewesen?

Gerade hier warne ich davor, Kurzschlußreaktionen mit Antworten zu verwechseln. Das Thema wird ernst genommen und gewissenhaft bearbeitet. Ein Zwischenergebnis scheint klar zu sein: In Übereinstimmung mit unserem Programm bietet sich keine positive Alter-

native zu dem Prinzip, daß die Funkanstalten öffentlich-rechtlich organisiert sein müssen.

(Beifall.)

Letzte Frage: Was geschieht, um die Organisation der Bundesregierung zu überholen und dem Erfordernis der Modernisierung unserer Gesellschaft anzupassen?

Hierzu kann ich mitteilen, daß ich dem Bundeskanzler den Vorschlag einer umfassenden wissenschaftlichen Untersuchung über die notwendige Reform des Staatsapparates unterbreitet habe.

VII.

Außenpolitisch habe ich festzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland aus der Gefahr der Isolierung heraus ist. Sie hat ihren Kurs eindeutig auf Friedenssicherung gerichtet. Jeder weiß oder müßte wissen: Sie hindert die Entspannung zwischen Ost und West nicht, sondern fördert sie. Sie will auch den anderen Teil Deutschlands nicht isolieren, sondern ihn einbeziehen. Das will gerade auch Herbert Wehner als Minister für gesamtdeutsche Fragen. Unsere Außenpolitik besteht nicht aus Negation, aus Beharrung und Verhinderung, sondern sie besteht aus der aktiven Wahrnehmung unserer Interessen — ohne Illusion und ohne Überheblichkeit.

(Beifall.)

Die Bundesrepublik ist erwachsen; sie hat ihre eigenen Interessen zu definieren, die Punkte gemeinsamer Interessen mit anderen in West und Ost zu suchen und dementsprechend zu handeln. Unser Orientierungspunkt, der Generalnenner unserer Politik, ist und bleibt die Sicherung des Friedens.

(Beifall.)

Was inzwischen fast schon zum geläufigen Repertoire der deutschen Außenpolitik geworden ist, kann man im Protokoll unseres Dortmunder Parteitages nachlesen. Ich denke an Begriffe wie:

aktive Mitarbeit an der Entspannung in Europa;

der andere Teil Deutschlands ist kein Ausland;

die Notwendigkeit, das Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands zu regeln;

nicht unrealistische Vorbedingungen, sondern Dreiklang von Friedenssicherung, Entspannung und Lösung der deutschen Frage;

kein deutscher Mitbesitz an Atomwaffen;

Förderung eines internationalen Abkommens über die Nichtweitergabe von atomaren Waffen.

Wir haben unsere außenpolitischen und gesamtdeutschen Auffassungen nicht aufgegeben, sondern wirksamer gemacht. Allerdings habe ich manchmal den Eindruck, daß auch gewisse Teile der CDU/CSU sich wenig gewandelt haben. Ich meine nicht nur diese Kreise, wenn ich an Stresemann erinnere. Er hat auf dem Parteitag der DVP am 2. Oktober 1926 gesagt: „Es gibt eine große, mächtige Partei der Deutschen, das sind diejenigen, die da beten: Unsere tägliche Illusion gib uns heute! Wer gegen diese Partei ankämpft, muß Mut zur Unpopularität haben."

Manchmal hat man den Eindruck, daß außerhalb der eigenen Grenzen — auch von den intelligenten Kommunisten — besser als bei uns zu Hause verstanden wird, was sich seit Dezember 1966 verändert hat. Wenn ich bösartig wäre, könnte ich hinzufügen: Manchmal sogar besser als in der eigenen Partei.

Jedenfalls wurde seit letztem Winter ernsthaft begonnen, die Politik des Als-ob zu beenden. Für die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Menschen sich in vollem Umfang bewußt werden, wer den Krieg verloren hat: Nicht die Bundesrepublik und ihre Regierung, übrigens auch nicht die Landsleute im anderen Teil Deutschlands und ihre Repräsentanten — was immer man sonst von ihnen meinen mag — haben ihn verloren, sondern wir alle tragen die Lasten eines durch Hitler begonnenen und verlorenen Krieges.

Wir hatten das Glück eines wirtschaftlichen Aufschwungs trotz des verlorenen Krieges. Es war eine Niederlage mit Komfort, aber es

war trotz Komforts eine Niederlage. Wir haben einen gigantischen Bankrott zu liquidieren; das war nur möglich, indem man die verbliebenen Aktiva konsolidierte. Niemand aber kann den Bankrott beseitigen. Die ideologischen Nachfahren der Bankrotteure tun so, als sei es möglich — durch Protest, durch Leidenschaft, durch Sturheit — aus der Illusion, wir hätten noch, was wir gehabt haben, Wirklichkeit werden zu lassen.

Dies ist die Methode, LSD in der Politik zu benutzen. Die Gesellschaft kann nicht verhindern, daß es Menschen gibt, die solche Drogen benutzen, aber das ändert selbst für diese Menschen nichts daran, daß ihr Rausch die Wirklichkeit nicht verändert und keine neuen Realitäten schafft. — Die „Münchner katholische Kirchenzeitung" hat kürzlich in aller Nüchternheit darauf hingewiesen, daß in der Geschichte die einmal gesetzten Fakten, gleich ob sie zu Recht oder zu Unrecht geschehen sind, ein ungeheures Gewicht haben.

Nicht nur in der Innen-, auch in der Außenpolitik gibt es kontroverse Interessen. Das ist eine Tatsache, die sich nicht durch Gesundbeten aus der Welt schaffen läßt. Wir alle müssen lernen, mit Konflikten zu leben. Wir alle müssen lernen, von der Bewältigung dieser Konflikte nicht ihr Verschwinden zu erwarten. Im Gegenteil: Je schneller wir lernen, die Konflikte zu bewältigen, die wir sehen, um so schärfer wird unser Blick für jene kontroversen Probleme werden, die wir bisher nicht gesehen haben, die aber dennoch existieren.

Das gilt auch für die schwierige Materie, das sich organisierende Europa voranzubringen. Dabei soll niemand glauben, ein Faustschlag auf den Tisch oder ein leerer Stuhl seien ein hinreichender Ersatz für Politik. Aber niemand soll daran zweifeln, daß wir die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln anstreben: weil dies möglich ist, weil dies unserer Interpretation der europäischen Interessen entspricht, zugegebenermaßen auch der eigenen deutschen Interessen und nicht zuletzt, weil dies der Stabilisierung in Europa und der Organisierung des Friedens dient. Wir werden also dieser unserer Europapolitik energisch nachgehen — nicht bullig, aber zielstrebig.

(Beifall.)

Der Hinweis auf die Interessenlage gilt auch für die Entwicklungspolitik. Es ist von großer Bedeutung, daß hierfür unter Hans-Jürgen Wischnewski eine neue Konzeption entwickelt wurde. Nur so werden die Menschen besser verstehen, daß es sich nicht darum handelt, Geld zu verschenken oder Prestigeinteressen zu wahren.

Es geht — im Sinne unserer Friedenspolitik — darum, einen deutschen Beitrag zu leisten, um den lebensgefährlichen Konflikt zwischen Nord und Süd, zwischen reichen und hungernden Völkern zu lösen. Wir vor allem wollen solche Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit, durch die wir aufnahmefähige Märkte entwickeln und den Absatz unserer eigenen Waren vorbereiten. Also: uns selbst zu helfen, indem wir anderen helfen.

(Beifall.)

Ganz gewiß gilt der Hinweis auf kontroverse Interessen für den Einfluß der Innenpolitik auf die Außenpolitik. Er gilt auch dafür, daß es nicht allein genügt, einen Koalitionspartner zu gewinnen für das, was vernünftig ist, sondern auch unsere außenpolitischen Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß wir eine Politik der Vernunft und des heute Möglichen machen und sie um dasselbe bitten.

Ich sage dies nicht, um etwa ein Mitgefühl hervorzurufen dafür, daß es der Außenminister schwer hat. Ich sage das nur, um klarzumachen, daß es mir überhaupt nicht hilft, wunderschöne Pläne und Rezepte dafür zu bekommen, was sein sollte, wenn sie nicht zugleich mit brauchbaren Vorschlägen dafür verbunden sind, wieso und weshalb meine Gesprächspartner in Washington, Paris, London, Moskau oder in anderen Hauptstädten das auch alles schön finden sollen.

Die SPD wird nicht zulassen, daß die positiven Ansätze der deutschen Außenpolitik wieder verschüttet werden. Dabei gibt es in wichtigen Fragen in einer Koalition gleichwertiger Partner nur die Möglichkeit, sich über die Grundlinien der Politik zu verständigen. Damit jeder klar sieht: In dieser Regierung würde der Bundeskanzler nie versuchen, in einem wichtigen Punkt dem Außenminister, der zugleich sein Stellvertreter ist, eine Richtlinie zu geben, die mit

dessen Überzeugung nicht übereinstimmt, denn dann hätten er und wir gleichermaßen die Krise der Koalition.

(Zustimmung.)

Nun ist es natürlich nicht nur für uns schwer, sich daran zu gewöhnen, daß wir in der Regierung sind, sondern auch für den anderen Teil, die Regierungsverantwortung mit einem starken Partner teilen zu müssen. Daß es Meinungsverschiedenheiten gibt, ist gar nicht zu bestreiten. Die Große Koalition ist doch kein politischer Eintopf. Es gibt sie im wesentlichen dort, wo es um die Ausfüllung dessen geht, was in der Regierungserklärung nur sehr grob umrissen wurde. Aber das ist gar kein Unglück, so lange es auf der Grundlage und im Geiste jener Regierungserklärung geschieht.

In den letzten Tagen war eine solche Frage wiederum Anlaß kritischer Zweifel in den Zeitungen. Deshalb folgendes: Es ist klar, daß wir auch mit der Sowjetunion das begonnene Gespräch fortsetzen werden. Genauer gesagt: Ich sehe jetzt eine gewisse Basis, es ernsthaft zu beginnen. Dabei werde ich mich von innenpolitischen Querschüssen nicht beirren lassen, und ich werde mich auch durch Provokationen nicht davon abbringen lassen, es nach Möglichkeit intensiv zu führen, allerdings nicht auf offenem Marktplatz.

Dabei müssen wir wissen, daß große Lösungen heute nicht zu erreichen sind. Dafür muß erst das Feld vorbereitet werden, und es wäre etwas Großes, wenn dies bis 1969 gelänge.

Inzwischen werden wir ja auch zu prüfen haben, was aus der Verteidigungskonzeption werden soll, von der wiederum der Verteidigungshaushalt abhängt. Bei der mittelfristigen Finanzplanung ist vorentschieden worden, daß die Verteidigung nicht entsprechend den ursprünglichen Plänen, sondern unterdurchschnittlich am Wachstum der kommenden Bundeshaushalte partizipieren soll. Ein anderer Ausgangspunkt ergibt sich aus der Lage innerhalb der westlichen Allianz. Sie war und ist von großer Bedeutung für die Sicherung des Friedens in diesem Teil der Welt. Sie bleibt erforderlich wegen der Sicherheit in Europa und als Voraussetzung ernsthafter Bemühungen um bessere Beziehungen zwischen Ost und West. Andererseits zeigt es sich, daß es innerhalb der westlichen Allianz

außerordentlich schwierig ist und bestenfalls in ganz bescheidenem Maße möglich sein wird, die Bemühungen um Entspannung zu koordinieren, sie halbwegs auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Trotzdem müssen gerade wir uns gewissenhaft fragen, ob wir den Anstoß geben dürfen zu einer Schwächung oder gar Zerbröckelung der westlichen Allianz. Das heißt, die Höhe der Verteidigungslasten kann man nicht nur aus einer Abwägung gegenüber anderen Teilen unseres eigenen Haushalts errechnen, sondern auch aus einer Einschätzung dessen, was außenpolitisch möglich und mit dem Blick auf die erstrebte Entspannung notwendig ist.

Zweiundzwanzig Jahre nach dem Kriege ist offensichtlich, daß die deutschen Interessen nicht gewahrt werden können, wenn man sich bloß darauf beschränkt, den Rechtsstandpunkt zu wahren. Die bloße Abwehrhaltung hat die Festigung der tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse im anderen Teil Deutschlands eher erleichtert. Die Ausgangslage zur Lösung unserer gesamtdeutschen Ziele im Sinne der Selbstbestimmung hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechert. Wir haben von den heutigen Tatsachen auszugehen, wenn wir die Tatsachen verändern wollen. Wovon sollen wir denn sonst ausgehen? Dabei sind wir nicht so konservativ wie diejenigen, die zu glauben vorgeben, einen Status quo der Teilung und der Anhäufung militärischer Macht geschichtswidrig und antihegelianisch verewigen zu können.

Allerdings wissen wir auch heute, daß im anderen Teil Deutschlands auch in den Führungsgremien der SED dieser Glaube nicht von allen geteilt wird. Auch dort gibt es Auseinandersetzungen. Sie sind aber, nicht nur dort, lang und oft schmerzlich. Sie können auch dadurch nicht abgekürzt werden, daß, wie gewisse Illusionisten glauben, von uns beschlossen wird, Ulbricht habe vernünftiger zu werden.

Zu den Tatsachen gehört, daß die deutschen Ostgebiete zunehmend in den polnischen Staatsverband einbezogen worden sind. Und weiter, daß es in Ost-Berlin eine nicht vom Willen des Volkes getragene, also nicht legitimierte, aber dennoch existierende Regierung mit einem Ministerrat und einem Vorsitzenden und einen Staatsrat mit seinem Vorsitzenden gibt. Das ist übrigens zur Kenntnis genommen worden durch Briefe, die früher Heuss und kürzlich Kiesinger geschrieben haben.

Das hatte und hat mit völkerrechtlicher Anerkennung nichts zu tun. Der andere Teil Deutschlands ist für uns kein Ausland und kann es auch nicht werden. Die dort Regierenden sind zunehmend der Gefahr ausgesetzt, die frühere Position anderer einzunehmen, nämlich zum Störenfried der Entspannung in Europa zu werden. Diese Position werden sie nicht halten können.

Deshalb sagen wir unbeirrt: Nicht-Isolierung und Entspannung zwischen Ost und West unter Einschluß Deutschlands. Diese Politik wird sich durchsetzen, wenn wir sie beharrlich verfolgen. Weil sie nicht nur dem deutschen Interesse entspricht. Sondern weil sie den Interessen aller europäischen Völker entspricht. Weil sie den Frieden sicherer macht.

Die Bereitschaft zum Gewaltverzicht und seine Formalisierung ist ein erster Schritt auf diesem Wege. Das wird nicht von heute auf morgen zu erreichen sein. Aber wir fassen natürlich darüber hinausgehende Schritte eines Sicherheitssystems für Europa und einer europäischen Friedensordnung ins Auge und arbeiten geduldig an diesen Fragen.

Friedenssicherung und Deutschlandpolitik sind eine Einheit. Solange es nicht gelingt — und das heißt eben auch konkret, solange die Sowjetunion nicht bereit ist dazu beizutragen, ein wirksames, besseres Sicherheitssystem zu entwickeln, muß die Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien und anderen für die Erhaltung der NATO sorgen. Aber es gibt keinen Grund, nicht mit allen unseren Verbündeten, also gerade auch mit dem uns befreundeten Nachbarn Frankreich, die Fragen zu erörtern, die sich für die Sicherheit in den 70er Jahren stellen. Es sind Fragen, die alle europäischen Völker und Staaten berühren, für die man den gemeinsamen Nenner suchen muß und finden kann. Es sind Fragen, für die ein aktiver Beitrag der Bundesrepublik unentbehrlich ist.

Dies sind einige Schwerpunkte unserer Außenpolitik. Für diese Außenpolitik steht der Vorsitzende der SPD gerade, und für die braucht er keinen Satz zu verleugnen, den er vor der Bildung der Großen Koalition als Vorsitzender der SPD gesprochen hat. Hierbei weiß ich mich besonders verbunden mit den Freunden in Berlin.

(Beifall.)

VIII.

Nun könnte jemand aufstehen und sagen: „Du hast hier ja alles ganz schön erklärt, was wir in der Großen Koalition erreicht haben und was nicht, wie sehr wir das Gesicht der Bundesrepublik geprägt haben und wieviel zu tun bleibt. Aber du hast nicht genügend davon gesprochen, warum es dennoch in diesem Lande und in unserer Partei viele Fragen gibt. Du hast die Landtagswahlen nicht erklärt und nicht die Sorge, ob es unserer Partei nicht abermals so gehen wird, wie es ihr schon einmal gegangen ist: Sie arbeitet, sie zieht den Karren aus dem Dreck, und dann gehen wir nach Hause, weil andere verstehen, das Verdienst daran in ihre Scheuern zu fahren."

Über diese Fragen müssen wir offen sprechen. Wenn ich sie selbst aufwerfe, so ist das zunächst einmal ein Zeichen, daß ich sie selbst auch sehe. Es ist im übrigen auch ein Zeichen dafür, daß die Parteiführung es nicht für richtig hält, Kritik zu verbannen, nur weil wir in der Großen Koalition sind.

Bei der Beurteilung der Resultate der letzten Landtagswahlen wird oft vergessen, daß noch vor Bildung der Großen Koalition und im Moment der tiefsten Krise der CDU die Wahlresultate — in Hessen und Bayern — für die SPD nicht so günstig und für die CDU nicht so ungünstig ausfielen, wie manche erhofft und erwartet hatten. Es soll nichts beschönigt werden. Es soll auch nichts auf die Länder abgewälzt werden, was dort nicht Rechtens seine Ursache hat und in Ordnung gebracht werden muß. Tatsache bleibt, daß die Wähler bisher unsere Bemühungen innerhalb der Großen Koalition kaum honoriert haben. Tatsache ist auch, daß wir in einigen traditionell starken Gebieten empfindliche Einbußen erlitten haben. Es wird unsere Aufgabe sein, dieses Problem genau zu analysieren und die nötigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

Eine Frage möchte ich gleich behandeln: Die Mitglieder der Regierungsmannschaft und die Führung der Fraktion — mit Helmut Schmidt und Alex Möller an der Spitze — haben sich nach Bildung der Großen Koalition in die Arbeit gestürzt. Dies war richtig, und es war nötig. Es gab mehr Arbeit, als wir geglaubt hatten. Dabei

hat in der Regierungsmannschaft und in der Fraktionsführung ein Prozeß stattgefunden, der alle Kräfte in Anspruch nahm und durch den diese Vertreter der Partei den Einfluß ausgeübt haben, den sie ausüben konnten auf Bonn, in Bonn, von Bonn aus.

Dabei ist eingetreten, daß wir von Bonn aus zu wenig Zeit gefunden haben, den Freunden im Lande, in den Bezirken, den Unterbezirken und Ortsvereinen unseren Stand der Information, der Entwicklung gemäß und einigermaßen vollständig, zu vermitteln. Es sind in der Partei viele Fragen entstanden, die eben durch die Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen nicht beantwortet wurden. Ich habe das selbst erlebt, wenn ich, leider zu wenig, in den Bezirken habe sprechen können. Hier haben wir etwas versäumt, vielleicht unausweichlich. Aber die über vierzig Regionalkonferenzen der vergangenen Wochen und diese unsere Arbeitskonferenz dienen unter anderem dazu den Nachholbedarf zu decken.

Was unsere Regierungsmannschaft leistet, leistet sie im Dienste der Bundesrepublik, aber auch der Partei. Sozialdemokraten hören nicht auf Sozialdemokraten zu sein, weil sie Minister sind.

Von Quertreibereien dürfen wir uns nicht irremachen lassen. Unser ehrbarer Partner hat es natürlich nicht leicht, sich mit der Teilung der Macht vertraut zu machen. Die vom ersten Bundeskanzler geprägte Regierungswirklichkeit, populär als Kanzlerdemokratie bezeichnet, hat durch das Bündnis gleichgewichtiger Partner einen gewissen Stoß erhalten. Damit fertig zu werden, ist für die Union mit vielfältigen Kräften und Strömungen gar nicht so einfach.

Eine irrige Annahme wäre es zu meinen, unsere Partei hätte mit dem Eintritt in die Regierung den Schwur geleistet, lammfromm zu sein. Loyalität ist keine Willfährigkeit, unser Verzicht auf überflüssige Streitereien bedeutet nicht, daß wir auf die Verfolgung unserer Politik verzichten. Wir stehen als Demokraten in der Partei und vor dem Volk für unsere Überzeugungen und Handlungen ein und brauchen weder Beruhigungspillen zu verabreichen noch mit Scheinargumenten nach Rechtfertigung zu suchen.

Panikmacher dürfen bei uns kein Gehör finden. Die große Debatte, die wir unter und über uns führen und die von den Trägern der

öffentlichen Meinung über die SPD geführt wird, beweist, daß wir demokratisch sind. Wir dürfen aber nicht zulassen, daß dadurch ein Scheinbild innerer Zerrissenheit entsteht, die als Schwäche gedeutet werden kann. Denn dann würde die Partei ihre Anziehungskraft verlieren.

Auch gegenüber dem Koalitionspartner tragen wir Sachliches sachlich aus. Reibungsverluste müssen in Kauf genommen werden. Der Bundeskanzler, den wir als solchen in seiner gewiß nicht leichten Aufgabe unterstützen, hat indessen ein Kreuz zu tragen, das ihm niemand abnehmen kann: Das sind die Folgen aus der Tatsache, daß die Adenauer-Ära unwiderruflich zu Ende ist. Die politische Landschaft der Bundesrepublik hat sich durch die Bildung der Großen Koalition grundlegend gewandelt, und sie wird noch weiteren Änderungen unterworfen sein.

Unsere Handschrift ist wohl zu erkennen, aber wir haben darauf zu achten, daß unsere Partei der bestimmende Faktor künftiger Entwicklungen wird und daß möglichst wenig geschieht, was unsere Aktion einengt oder schmälert. Dazu bedarf es der Geschlossenheit aller unserer Kräfte.

Ich bin für ein fortlaufendes Gespräch, für umfassende Diskussionen, für die demokratische Meinungsbildung, für eine lebendige innerparteiliche Demokratie. Daran darf sich in unserer Partei nichts ändern; das muß eher noch besser werden.

Hier darf es keine Mißverständnisse geben. Ich möchte dies mit letzter Klarheit deutlich sagen. Die Sozialdemokratische Partei spielt nicht die Rolle der M.P. Sie hält sich an das Regierungsprogramm und dringt darauf, daß es durchgeführt wird, daß daran keine Abstriche vorgenommen werden. Das ist die eine Seite. Und dabei muß die Partei helfen und geschlossen sein. Wir sind keine Propagandagesellschaft, sondern eine politische Willensgemeinschaft, und davon dürfen wir uns nicht abbringen lassen. Nur dann ist die Partei auch ein Instrument für praktische Politik.

Ich respektiere andere Meinungen. Aber Angst vor der eigenen Courage respektiere ich nicht. Auch keine als Pessimismus getarnte Feigheit.

(Beifall.)

der Friedrich-Ebert-Stiftung

Wir müssen unsere Arbeit tun, im Bund wie in den Ländern und Gemeinden. Dabei darf uns nichts davon abhalten, deutlich zu machen, warum es 1969 besser wäre, die SPD zu wählen, als die CDU/CSU. Dies müssen die Menschen wissen. Es widerspricht nicht einer Koalition, deutlich zu machen, was wir tun würden, wenn wir die Mehrheit oder die Führung hätten. Weshalb es sinnvoll und nötig ist, stärker zu werden und die Mehrheit zu bekommen.

Das heißt: Unsere Partei kann, auch wenn sie Teilhaber dieser Regierung ist, nicht darauf verzichten, die Maßstäbe zu entwickeln, die sie für notwendig hält, um Deutschland, die Bundesrepublik, unsere Gesellschaft, zu modernisieren und in eine bessere Zukunft zu führen. Ich betone: zu führen.

Wir sind keine bloße Wahlmaschine, sondern wir müssen die Vorhut der Politik in Deutschland bleiben oder wieder werden, die unserem Volk überzeugend den gangbaren Weg in die Zukunft zeigt. Die zeigt, was wir tun würden, wie wir es tun würden, mit wem wir es tun würden, wenn wir die Führung haben.

Ich wiederhole: Das ist kein Widerspruch dazu, auf dem Programm, auf das sich diese Regierung geeinigt hat, zu bestehen, es zu unterstützen und durchzusetzen. Es ist ein Programm des Möglichen, solange wir nur knapp 40 Prozent der Stimmen und etwas mehr als 40 Prozent der Mandate haben.

Daneben muß deutlich werden ein Programm des Nötigen für dieses Land, für das wir die Führung und die Mehrheit brauchen, um es durchführen zu können. Das ist die Rolle der Partei heute, in dieser Legislaturperiode, in der Großen Koalition, und zugleich über diese Große Koalition hinaus für unser Volk und für eine gute deutsche Zukunft.

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)